

Avanti

2

Theoriebeilage

„Sozialismus
oder
Barbarei“

ISO Rhein-Neckar

SOZIALABBAU STOPPEN!



Butter statt Bomben!

INHALT

TITEL

- 01 Soziale Sicherung statt Sozialabbau**
Wie Regierung und Kapital stoppen?

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**
Kurz & Knapp

SEITE DREI

- 03 Soziale Sicherung statt Sozialabbau**
Wie Regierung und Kapital stoppen?

8. MÄRZ

- 04 BROT UND ROSEN**
Frauenstreik gegen Sozialabbau

ANTIMILITARISMUS

- 05 STREIK GEGEN „WEHRPFLICHT“**
Gegen Kriegsdienst und Krieg?

ARBEITSWELT

- 06 TARIFABSCHLUSS ÖD**
Mehr Schatten als Licht

- 07 BR-WAHLEN IM ZANGENGRIFF**
Kapital, Rechte, Gewerkschaft? (II)

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz versäumen wir nicht, kurz – und ohne Illusionen – eine kritische Wahlempfehlung für die Kandidat:innen der Partei Die Linke abzugeben.

Kritisch deswegen, weil die Gesamtpartei letztlich trotz aller Basisbemühungen auf gut dotierte Stellvertreterpolitik in den Parlamenten und auf Regierungsbeteiligungen fixiert ist.

Wie sehr dies die PDL immer wieder in Sackgassen führt, belegen die Enthaltungen bei der Wahl von Merz zum Bundeskanzler und bei der Abstimmung über den Bundeshaushalt. Auch ihre Koalitionsbeteiligungen in Berlin, Brandenburg, Bremen, Meckpom und Thüringen haben die linke Bewegung keineswegs gestärkt.

Mehr denn je bedarf es jetzt des Aufbaus einer breiten außerparlamentarischen Solidarischen Front gegen Rechtsruck und Kapitalangriffe.

Wir freuen uns auf Euer Interesse an dieser *Avanti*² und hoffen auf ein baldiges Wiedersehen!

Eure Redaktion

Titelbild: Protest gegen Arbeitsplatzabbau in Mannheim, 13. Januar 2016. (Foto: Helmut Roos.)

INHALT

- 08 SOLIDARITÄT IST MACHBAR**
Ein Grund zum Feiern

KULTUR

- 09 FILM ÜBER HANS REFFERT**
Was sagt uns Bernd Köhler dazu?

ISO / IV. INTERNATIONALE

- 10 ANFÄNGE IN DUNKLER ZEIT**
Unsere Wurzeln in Mannheim

- 11 ANTIFASCHISMUS**
Auszeit mit Mandel?

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 VOR 50 JAHREN DRUPA-STREIK**
Kampf für Tarifautonomie

- 12 TERMINE**
Veranstaltungen und Aktionen

THEORIEBEILAGE

- 01 ÖKOLOGIE UND SOZIALISMUS**
Zukunft statt Untergang?

Neoliberale fordern „Sozialbremse“

R. S.

Handlanger von Kapitalinteressen wie der „Wirtschaftsweise“ Werding fordern eine „Sozialbremse“. Eine Begrenzung der Sozialabgaben auf 40 % der Bruttolöhne sei erforderlich, so seine faktenfreie „Begründung“, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Werding verschweigt, dass in Deutschland die Sozialabgaben von derzeit 39 % der Bruttolöhne nur 27 % der „Arbeitskosten“ ausmachen.

Bezogen auf die Bruttolöhne bewegen sie sich zudem nach Angaben des Bundesfinanzministeriums im Mittelfeld vergleichbarer Länder wie Frankreich (46%), Österreich (43 %), Dänemark (42 %), Schweden (41 %), Niederlande (38 %) und Japan (34 %).

Sozialabgaben schützen vor Armut.
(Quelle: FR, 19.02.2026.) ■

K
U
R
Z
&
K
N
A
P
P

Kriminalisierung der „Letzten Generation“

R. S.

Die Klimaaktivistin Carla Hinrichs wurde für die Teilnahme an Straßenblockaden nach § 129 StGB wegen des „Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung“ vor dem Landgericht München angeklagt. Ihr drohen bis zu fünf Jahren Haft.

Mit einer solchen Anklage kann selbst das Verteilen eines Flugblatts durch ein Gruppenmitglied als Straftat gelten. Insgesamt sind derzeit elf Klimaaktive vor drei Landgerichten nach § 129 angeklagt.

Der § 129 wurde im Kaiserreich geschaffen, um die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, und später von den Nazis gegen Antifaschisten eingesetzt. Heute wird er gegen Klimaaktivist:innen genutzt und morgen ... ?

Demokratie sieht anders aus.
(Quelle: FR, 12.+16.02.2026.) ■

Soziale Sicherung statt Sozialabbau – Wie Regierung und Kapital stoppen?

U. D.

Im Januar 2026 veröffentlichte Oxfam Zahlen zur sozialen Ungleichheit. Weltweit gibt es jetzt rund 3.000 Milliardäre. Diese konnten allein im Jahr 2025 ihr Vermögen um 2,5 Billionen auf 18,3 Billionen US-Dollar steigern. Gleichzeitig leben 3,8 Milliarden Menschen in Armut mit weniger als 8,30 US-Dollar pro Tag – besonders davon betroffen sind Frauen.

Auch in Deutschland nimmt die soziale Ungleichheit zu. Laut *Manager-Magazin* vom Oktober 2025 gibt es in Deutschland 256 Milliardäre. Die 100 reichsten Deutschen besitzen etwa 750 Milliarden Euro. Das reichste ein Prozent der Bevölkerung verfügt über 30 % des gesamten Vermögens, die reichsten 10 % rund zwei Drittel.

Auf der anderen Seite arbeiteten im April 2025 mehr als 6 Millionen für Niedriglöhne unter 14,32 Euro pro Stunde. Millionen sind prekär beschäftigt. Im April 2025 lebten 13 Millionen Menschen unterhalb der Armutsschwelle. Darunter etwa 2,2 Millionen Kinder und minderjährige Jugendliche. Von Altersarmut sind 3,4 Millionen betroffen, davon 2,3 Millionen Frauen.

Sozialabbau ist Klassenpolitik

Die sich verschärfende soziale Ungleichheit ist keine zufällige Entwicklung, sondern das Ergebnis einer knallharten Klassenpolitik im Interesse der Unternehmen und der Reichen. Diese greift seit Jahrzehnten die Arbeits-, Sozial- und Lebensstandards der arbeitenden Klasse mit denselben spalterischen Lügen an: „Wir“ können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, „wir“ müssen länger und flexibler arbeiten, „wir“ sind zu oft krank, die Alten leben auf Kosten der Jungen, Erwerbslose auf Kosten der Arbeitenden, „Flüchtlinge“ auf Kosten von „uns allen“.

Die unzureichende Gegenwehr der arbeitenden Klasse und ihrer Gewerkschaften gegen diese Politik hatte zur Folge, dass Gewerkschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte massiv geschwächt wurden. Immer mehr Betriebe sind ohne Tarifbindung und mitbestimmungsfrei. Diese Entwicklung hat das Kapital ermutigt, seine Angriffe verstärkt fortzusetzen.

Die Kapitalmacht greift uns alle an

Der „Sozialstaat“ ist das Ergebnis von gewerkschaftlichen Kämpfen und einem nach dem II. Weltkrieg geschlossenen „Kompromiss“ zwischen Kapital und Arbeit. Seit den 1990er Jahren – nach dem Untergang der stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion und der sich fortsetzenden Schwächung der Arbeiterbewegung – hat das Kapital auch in der BRD diesen Kompromiss aufgekündigt und seine Angriffe verschärft.

Allen sozialpartnerschaftlichen Erklärungen zum Trotz geht es dem Kapital darum, gewerkschaftliche Gegenmacht zurückzudrängen und seine Profitbedingungen zu verbessern. In ihrer großen Mehrheit wollen die Gewerkschaftsführungen dies nicht erkennen und halten krampfhaft an der „Sozialpartnerschaft“ fest. Anstatt einen klassenkämpferischen Kurs gegen das Kapital einzuschlagen, nehmen sie damit die weitere Schwächung der „eigenen“ Organisation und der arbeitenden Klasse in Kauf.

Nach dem Ausrufen der „Zeitenwende“ durch Kanzler Scholz wurden die Angriffe in Wort und Tat nochmals verschärft. Jetzt wittern die neoliberalen Scharfmacher in den Unternehmen, auf den Regierungsbänken, in den Parlamenten, in „Wissenschaft“ und Medien ihre Chance. Mit der Behauptung, den deutschen Wirtschaftsstandort zu stärken, „unseren“ Wohlstand zu sichern und „unsere“ Sicherheit gegen Putin zu verteidigen, blasen sie zum Generalangriff auf profithemmende Gesetze, auf Klimaschutz, auf Menschenrechte, auf Rechte von Fliehenden, auf Frauenrechte, auf Sozialleistungen, auf Gesundheitsschutz und Arbeitsrecht.

Gegenwehr organisieren – Jetzt handeln

Dieser Angriff ist keine unabwendbare Naturkatastrophe, sondern eine profitgetriebene Offensive des Kapitals. Dagegen helfen keine Appelle, sondern nur die koordinierte Gegenwehr. Dazu brauchen wir vielfältige Bündnisse und Initiativen zur Verteidigung unserer Interessen. Jede noch so kleine Aktion ist dabei wertvoll. Aber, um unsere Kräfte wirkungsvoll zu bündeln, müssen wir uns in einer Solidarischen Front zusammenschließen.

Das gemeinsame Ziel muss dabei sein, alle Teile der arbeitenden Klasse innerhalb und außerhalb der Betriebe in Bewegung zu bringen: Arbeitende, Erwerbslose, Frauen, Mieter:innen, Rentner:innen, Migrant:innen, Asylsuchende, Schüler:innen, Studierende, Alte und Junge.

Der Reichtum ist vorhanden. Was fehlt, ist die Kraft, diesen Reichtum von oben nach unten umzuverteilen. Diese Kraft entsteht nicht in den Parlamenten, sondern in den Betrieben, in den Wohnvierteln, Schulen und Universitäten und auf der Straße. Dafür müssen wir gemeinsam und solidarisch kämpfen. ■



Demo gegen Putins Ukraine-Krieg in Mannheim, 5. März 2022.

Brot und Rosen

Frauenstreik gegen Sozialabbau

A. N.

Die faschistische Bedrohung für Frauenleben hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen.

In der neoliberalen Offensive scheint diese Bedrohung nun langsam, aber stetig in „die Politik“ hineinzuwirken und die Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse und der Armen anzugreifen. Besonders hart trifft das uns Frauen, die wesentlich mehr unbezahlte oder schlechtbezahlte Arbeiten verrichten als Männer.

„Reformen“ gegen Frauen

Merz und CDU haben für ihren „Herbst der Reformen“ zahlreiche Kürzungen und Angriffe auf Grund- und Menschenrechte angekündigt. Nach sehr vielen verbalen Protesten ruderten sie vorerst zurück und stellten harmloser erscheinende „Lösungen“ vor. Damit täuschen sie geschickt darüber hinweg, wie sehr sie dennoch alle diejenigen beeinträchtigen, die ohnehin schon täglich gegen ihre Verarmung kämpfen müssen. Der Frauenanteil ist hier besonders hoch.

Angegriffen werden grundlegende Existenzsicherungen wie die Rente, Sozialleistungen und Krankenversicherung. Besonders gravierend dürfte sich die Umstrukturierung des Bürgergelds zur sogenannten Grundsicherung auf die kurz-, mittel- und langfristigen Lebensbedingungen von Frauen auswirken. Denn die Maßnahmen zielen darauf ab, Menschen schneller und mit existenzbedrohendem Druck in Arbeit zu zwingen. Zeit zur beruflichen Orientierung, zur Qualifizierung und Aus- und Weiterbildung bleibt dabei nicht. Die neue „Grundsicherung“ drängt gerade Frauen, die aufgrund von unbezahlten Sorgearbeiten längere Zeit keinen Lohn erhielten, in schlecht bezahlte Jobs ohne sichernde Zukunftsperspektiven.

Existenzbedrohende Politik

In diese Situation schlagen auch die diskutierten Änderungen des Rentensystems besonders heftig ein. Wie soll eine Frau mit erzwungen niedrigem Einkommen zusätzlich in eine private

Rentenversicherung einzahlen, die sie vor Altersarmut bewahren könnte? Wie soll eine Mutter auf mehr Beitragsjahre kommen, wenn sie doch heute ihre Kinder zu versorgen und gekürzte Betreuungszeiten in den Einrichtungen auszugleichen hat? Eltern besonders pflegebedürftiger, kranker oder behinderter Kinder stehen vor noch größeren Hürden, da sie ihre Kinder über einen wesentlichen längeren Zeitraum betreuen und pflegen müssen. Die personelle Versorgung und somit auch Betreuungszeiten sehen in den entsprechenden Einrichtungen und Schulen weit schlechter aus als in anderen.

Zudem werden die Krankenkassenleistungen im Umfeld der CDU in Frage gestellt. Dabei sind Frauen schon heute benachteiligt im Gesundheitssystem und müssen zentrale Leistungen selbst zahlen, sei es zum Beispiel zur Verhütung oder zum Abbruch von Schwangerschaften.

Die Infragestellung der Teilzeitarbeit, des 8-Stunden-Tages und die ungebremsst steigenden Mieten sind hier noch gar nicht genannt. All die Vorstöße der letzten Monate wurden zwar (noch) nicht umgesetzt, verschieben aber heute schon die Grenzen des Denk- und Sagbaren. Und was gesagt werden darf, bedroht als Erstes Frauen ganz physisch. Unter dem Einfluss von Erniedrigung, Stress und Zukunftssorgen nimmt „unsichtbare“ psychische Gewalt ebenso wie körperliche, oft häusliche Gewalt zu. Schutzeinrichtungen wie Frauenhäuser werden gleichzeitig aber eher ab- als aufgebaut.

Unser Programm

Diesem Angriff auf unsere Lebensbedingungen haben wir einiges entgegenzusetzen:

- Gekürzt werden darf nicht an unserem Leben, sondern an den Profiten der Reichen
- Gesellschaftliche Ausgaben und Leistungen müssen von denjenigen demokratisch geplant werden, die davon betroffen sind – den Beschäftigten in den Versorgungs- und Dienstleistungstätigkeiten und den Empfänger:innen von Sozial- und Dienstleistungen
- Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Vergesellschaftung der Reproduktions- und Sorgearbeit
- Statt Milliarden für die Zerstörung von Leben und Umwelt in Kriegen, Finanzierung persönlicher und gesellschaftlicher Bedürfnisse.

All das ist möglich – in einer Gesellschaft, in der Produktion und Reproduktion demokratisch nach Bedarfen geplant wird. Es mag wie ein großer Traum erscheinen, doch er ist unsere einzige Chance auf ein befreites Leben jenseits von kapitalistischer Profitorientierung. Es lohnt sich, dafür zu kämpfen – auf der Straße, in unseren Betrieben, in unseren Vierteln und Familien! ■



Frauenmarsch in Washington, 21. Januar 2017.

Nein zur „Kriegstüchtigkeit“! Nein zur „Wehrpflicht“!

H. S.

Mit 100 Milliarden € für Aufrüstung läutete die Regierung Scholz die „Zeitenwende“ ein. Die Regierung Merz toppt diese Zahl massiv. Zukünftig sollen statt zwei Prozent fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Rüstung fließen. Das wären dann etwa 45 Prozent des Bundeshaushalts.

Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft, um „kriegstüchtig“ zu werden, sind zum wichtigsten Ziel der Regierung geworden. Sie stützt sich auf die Behauptung, Russland stehe kurz davor, die NATO anzugreifen. Diese Erzählung kann sich auf keine belastbaren Fakten stützen. Sie soll die Angst vor einem russischen Angriff schüren.

Das Putin-Regime begann mit dem verbrecherischen Überfall auf die Ukraine einen jetzt schon mehr als vier Jahre andauernden Krieg. Das ist Fakt. Fakt ist aber auch, dass Russland damit militärisch und wirtschaftlich überfordert ist.

Die NATO ist Russland in jeder relevanten militärischen Kategorie weit überlegen. Vor diesem Hintergrund wäre ein Angriff auf die NATO selbstmörderisch. Trotzdem wird die Behauptung eines bevorstehenden Angriffs und der deshalb „notwendigen Kriegstüchtigkeit“ ständig wiederholt. Dadurch soll die beispiellose Aufrüstung als „alternativlos“ gelten.

Der Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine wird benutzt, um den deutschen Kapitalismus neben seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung auch zur stärksten Militärmacht in der EU auszubauen. Bei Daseinsvorsorge, Gesundheit, Bildung, Kultur sowie dem Klima- und Umweltschutz will die Regierung aus CDU/CSU und SPD dafür massiv kürzen. Dies trifft vor allem Arme, Frauen, Geflüchtete, Jugendliche, Kinder, Kranke und Rentner:innen. Unsere natürliche Lebensgrundlage wird weiter zerstört und die Kriegsgefahr erhöht.

Wenn Panzer schneller finanziert werden als Krankenhäuser, wenn Raketenprogramme Vorrang vor intakten Schulen haben – dann ist das Irrsinn. Wir dürfen diesem Irrsinn nicht mehr länger hinnehmen und dabei zuschauen, wie er sich immer weiter ausbreitet.

Konsequent gegen Kriegsdienst

Um die Bundeswehr zur stärksten Armee Europas auszubauen braucht es vor allem Personal. Derzeit gibt es rund 183.000 Soldat:innen. Ziel sind 260.000. Aber teure Werbekampagnen konnten bisher nicht genügend neue Rekrut:innen anlocken.

Deshalb hat der Bundestag das „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“ beschlossen. Es ist seit dem 1. Januar 2026 in Kraft. Alle 18-Jährigen erhalten seitdem einen Fragebogen, um die „Eignung und Motivation für den Wehrdienst bei der Bundeswehr“ zu ermitteln.

Die Männer müssen den Fragebogen beantworten, für Frauen ist die Beantwortung (noch) freiwillig. Auch die Wehrerfassung, also die Registrierung aller Wehrdienstfähigen, wird wieder eingeführt. Ab 1. Juli 2027 beginnt verpflichtend die Musterung von Männern der Jahrgänge 2008.

Die Bundeswehr rührt jetzt verstärkt die Werbetrommel. Für das erste Quartal 2026 sind mindestens 144 Besuche an Schulen geplant. Die als „Karriereberater“ bezeichneten Soldat:innen sollen neue Rekrut:innen unter Jugendlichen ab der 8. Klasse gewinnen. Hinzu kommen 170 Werbeauftritte bei Job- und Ausbildungsmessen. Bleiben die Bewerberzahlen aber niedrig, soll der verpflichtende Kriegsdienst wieder eingeführt werden.

International gegen Militarisierung

Das alles dient der Militarisierung der Gesellschaft. Mit ihr erhält der Staat Zugriff auf eine ganze Generation – und kann militaristisches Denken und Handeln im Bewusstsein fest verankern. Das ist ein entscheidender Schritt hin zur angestrebten „Kriegstüchtigkeit“ und zur Bereitschaft, die Bundeswehr auch in weltweiten Konflikten einzusetzen.

Statt eines friedlichen und selbstbestimmten Lebens sieht sich die Jugend nun mit Zwangsdiensten konfrontiert. Aber Widerstand wird sichtbar: Immer mehr junge Menschen widersetzen sich der Rekrutierung zum Kriegsdienst.

Auch international formiert sich der Widerstand gegen die Militarisierung. Die Blockaden und Streiks von Hafen- und Transportarbeitern in Italien, Griechenland, Spanien und Schweden gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete setzten klare Zeichen. Der Generalstreik am 3. Oktober 2025 in Italien mit rund 2 Millionen Beteiligten gegen den völkermörderischen Krieg des Netanjahu-Regimes in Gaza war bisher einzigartig.

Hierzulande sind wir gefordert, aktiv die Schulstreiks am 5. März 2026 und die antimilitaristische Bewegung zu unterstützen. ■



Demo gegen den Gaza-Krieg in Heidelberg, 5. Juli 2025.

Foto: Privat.

Ergebnis Tarifrunde Öffentlicher Dienst Länder

Etwas Licht, aber viel Schatten

HELMUT BORN

Am frühen Morgen des 14. Februar 2026 wurde das Verhandlungsergebnis in der Tarifrunde der Länder nach über drei Tagen Unterredungen bekannt gegeben. Als Ziel dieser Tarifrunde galt immer, das Ergebnis der Tarifauseinandersetzung im letzten Jahr bei Bund und Kommunen auch für die Länder zu erreichen.

Dieser Abschluss im letzten Jahr wurde damals von weiten Teilen der Gewerkschafts-Mitgliedschaft abgelehnt. Das aktuelle Verhandlungsergebnis für den Öffentlichen Dienst der Bundesländer (mit Ausnahme von Hessen) ist jedoch bei der Erhöhung der Löhne und Gehälter, vor allem aber bei der Länge der Laufzeit des Tarifvertrags, genauso schlecht wie im letzten Jahr.

Zuerst aber zu den Lichtblicken bei dem diesjährigen Ergebnis.

Wenige Lichtblicke

Dazu gehören die deutlichen Anhebungen der Schichtzulagen. Die einfache Schichtdienstzulage wurde von 40 auf 100 € und die Wechselschichtzulage von 100 auf 200 € beziehungsweise in den Krankenhäusern von 150 auf 250 € erhöht.

Zu den positiven Aspekten muss auch gezählt werden, dass für die Beschäftigten im Osten nun endlich der gleiche Kündigungsschutz wie im Westen erreicht wurde.

Zudem wird die Wochenarbeitszeit in den drei Universitäts-Kliniken im Osten schrittweise um je 0,5 Stunden von 40 Stunden auf die im Westen gültige tarifliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden abgesenkt.

Für Auszubildende wurde die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung wieder erreicht.

Da aber ein schlechter Lohnabschluss zum Vorbild genommen wurde, kann das Ergebnis höchstens schöngeredet werden. Das wurde von den gewerkschaftlichen Verhandlungsführern, ganz gleich ob von ver.di oder dem Beamtenbund, auch gemacht.

Viele Schattenseiten

Aber dieses Schönreden kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Ergebnis sehr schwach ist. Auf die Laufzeit gerechnet, die mit 27 Monaten wieder viel zu lang ist, werden gerade einmal rund zwei Prozent Entgelterhöhung erreicht.

So sieht das im Einzelnen aus:



Warnstreik an Heidelberger Uniklinik, 25.01.2018.

- 2,8 % ab 1. April 2026, das bedeutet 4 Monate ohne Erhöhung
- 2 % ab 1. März 2027
- 1 % ab 1. Januar 2028.

Zudem ist eine Mindesterhöhung am 1. April 2026 von 100 € vereinbart worden. Azubis bekommen in drei Schritten insgesamt 150 € pro Monat mehr.

Besonders peinlich ist die einprozentige Erhöhung im Januar 2028, dem letzten Monat der Laufzeit dieses Tarifvertrages. Dies wird mit Sicherheit in der nächsten Tarifrunde zu einer Debatte führen, dass es dann ja schon eine Erhöhung gibt und es in der Folge nicht mehr viel zu verhandeln gäbe.

Gegenmacht stärken

Mit diesem aktuellen Ergebnis wird einmal mehr deutlich, dass es mit der Politik der „Sozialpartnerschaft“ und der Rücksichtnahme auf Regierung und Volkswirtschaft nicht möglich ist, beschlossene gewerkschaftliche Positionen auch durchzusetzen.

Dazu braucht es eine strikte Orientierung auf die Interessen der Beschäftigten und in der Folge eine aktive und klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik. ■



Warnstreik von ver.di in Mannheim, 12. März 2025.

Foto: Helmut Roos.

Betriebsratswahlen 2026

Kapitalangriffe, Rechtsruck und Anpassungsdruck (Teil II)*

H. N.

Die Ergebnisse von Betriebsratswahlen sind wesentlich mitentscheidend für die Kräfteverhältnisse in der Arbeitswelt. Die aktuellen Entwicklungen sind umso dramatischer.

Um die Hemmungslosigkeit der Angriffe auf Arbeits- und Ausbildungsplätze verstehen zu können, ist ein Blick auf die Entwicklung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik erforderlich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als größter Dachverband mit acht Einzelgewerkschaften zählt derzeit knapp 5,6 Millionen Mitglieder. 1991 waren es noch 11,8 Millionen.

Dieser massive Rückgang ist Resultat des industriellen Kahlchlags vor allem im Osten nach der „Wiedervereinigung“ aber auch des „sozialverträglichen“ Abbaus in bestimmten Branchen im Westen (Banken, Bergbau, Chemie-, Metall- und Elektroindustrie, Stahl usw.).

Anpassung statt Gegenwehr?

Zudem spielt die Anpassung der Spitzen der Industriegewerkschaften an den „Standortwettbewerb“ des globalisierten Spätkapitalismus eine wesentliche Rolle. Es ist eine Binsenweisheit, dass gewerkschaftliches (Selbst-) Bewusstsein und gewerkschaftliche Bindungskraft vor allem durch konkret erfahrbare Aktionen und Kämpfe entstehen. Massive Bewegungen mit Erzwingungsstreiks wie die Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche 1984 sind aber längst die Ausnahme von der Regel. Auch hartnäckige betriebliche Abwehrkämpfe sind sehr selten geworden.

Von besonderer Bedeutung für den DGB ist die Entwicklung der IG Metall. Sie ist mit knapp über zwei Millionen Mitgliedern immer noch die größte Einzelgewerkschaft. Bezeichnenderweise hat die IGM-Spitze in den letzten Jahren jedoch einen Kurswechsel in Richtung verstärkter Anpassung an Kapitalinteressen vollzogen.

Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IGM, bezeichnete dennoch die BR-Wahlen als die „zumindest für uns wichtigsten demokratischen Wahlen“. Entsprechend hoch sind die Ziele: Wahlbeteiligung über 70 %, IGM-Mehrheit in allen BR-Gremien ihres Organisationsbereichs, nach der Wahl 10.500 Betriebe mit Betriebsrat, positive Entwicklung des Organisationsgrads und keine BR-Mandate für Rechte.

Gerade das letzte Vorhaben ist sehr herausfordernd, denn bei der Bundestagswahl 2025 hat die AfD 38 % der Stimmen von Arbeiter:innen und 21 % der Stimmen von Angestellten gewonnen. Das sind 17 % bzw. 10 % mehr als bei der Parlamentswahl 2021.

Gegenwehr statt Anpassung!

Rechtsruck, Niedergang gewerkschaftlicher Gegenmacht und Fehlen einer Partei der arbeitenden Klasse haben dazu geführt, dass sich viel zu viele haupt- und ehrenamtliche Gewerkschaftler:innen mit diesen bedrohlichen Tendenzen arrangieren.

Bei den BR-Wahlen 2022 war laut DGB lediglich eine zwei-

stellige Zahl an Mandaten für rechte Listen nachweisbar. Das bisher erfolgreichste extrem rechte Projekt „Zentrum Automobil“ – mittlerweile „Zentrum – Die alternative Gewerkschaft“ – behauptet, bundesweit eine dreistellige Zahl von Betriebsräten organisiert zu haben. Diese agieren meist verdeckt. Hinzu kommen aktive AfD-Mitglieder, die sich immer offener bewegen. Eng verbunden ist das „Zentrum“ mit offen faschistischen Rechten („Institut für Staatspolitik“, „Identitäre Bewegung“, Verein „Ein Prozent“ e.V., Compact-Magazin, Höcke-Flügel der AfD ...).

Jenseits der kleinen betrieblichen Stützpunkte von „Zentrum“ ist für die anhaltende Stärkung des extrem rechten Einflusses in der Arbeitswelt die professionelle Hetze durch „soziale Medien“ entscheidend. Ihre im Netz ständig wiederholten Angriffe auf den DGB und insbesondere auf die IG Metall finden Beachtung bei viel zu vielen Beschäftigten. Statt die „Transformation“ zum Elektroauto zu bekämpfen, zerstöre die „korrupt[e] und mit den Mächtigen verbandelt[e]“ IGM mit ihrer „internationalistischen Gesinnung“ den „Standort Deutschland“.

Bei den BR-Wahlen 2026 ist damit zu rechnen, dass vor allem in Großbetrieben rechte Listen eingereicht werden. In kleineren und mittleren Firmen werden Rechte, falls es keine Persönlichkeitswahl gibt, wohl eher auf unternehmensnahen und „alternativen“ Listen kandidieren.

Es ist höchste Zeit, Kapitalangriffen, Rechtsruck und Anpassungsdruck mit konkreten, solidarischen Alternativen und einer Erneuerung aktiver gewerkschaftlicher Gegenmacht in der Arbeitswelt entgegenzutreten.

*[Teil I wurde in *Avanti*² Nr. 238 veröffentlicht.] ■



Protest gegen GE in Mannheim, 6. September 2016.

Foto: Avanti².

„Vorwärts und nicht vergessen ...“

10 Jahre Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar

J. J.

„Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht! Beim Hungern und beim Essen, vorwärts und nie vergessen: Die Solidarität!“. So lautet der Refrain des Solidaritätslieds. Seinen Text verfasste Bertolt Brecht gemeinsam mit Ernst Busch. Hans Eisler vertonte ihn. 1932 wurde es uraufgeführt. Bis heute hat seine Botschaft nichts an Aktualität verloren.

„Vorwärts und nicht vergessen ...“ Dies war auch das Motto einer kleinen Feierstunde, die am 4. Februar 2026 in den Räumen der Mannheimer IG-Metall stattfand. Gewürdigt wurde das 10-jährige Bestehen des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar. Passender hätte das Motto gar nicht gewählt werden können.

Rund 30 Kolleginnen und Kollegen nahmen an der Zusammenkunft teil. Darunter waren Mitglieder des Solidaritätskomitees, ehemalige und aktive Vertrauensleute und Betriebsräte, Gewerkschafter:innen sowie offizielle Vertreter:innen des DGB, der IG Metall und der IGBCE. Für die musikalische Umrahmung sorgte der Mannheimer Liedermacher Bernd Köhler. Die Moderation übernahm der Sprecher des Komitees Wolfgang Alles.

Gewerkschaftliche Grußworte

Der Erste Bevollmächtigte der IGM Geschäftsstelle Mannheim, Thomas Hahl, und der Vorsitzende des DGB Kreisverbandes Mannheim / Rhein-Neckar, Ralf Heller, betonten in ihren Grußbotschaften die Bedeutung des Solidaritätskomitees und nahmen dabei immer wieder Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Thomas Hahl verwies auf die aktuellen Angriffe auf die Beschäftigten, die von Kapital und Politik geführt werden. Dabei verschwieg er nicht die Spaltung in den eigenen Reihen, die nicht zuletzt durch den Aufschwung der Rechten verstärkt wird.

Ralf Heller machte deutlich, wie sehr die Mitbestimmung in der Arbeitswelt unter Druck steht. Immer weniger Betriebe sind tarifgebunden und immer weniger Beschäftigte werden durch einen Betriebsrat vertreten. Aber er konnte auch auf Erfolge gewerkschaftlicher Solidarität verweisen. So sei es ver-

gungen, eine Pflegepersonalbedarfsplanung durchzusetzen.

Blick zurück.

Nach den Grußworten erinnerte Wolfgang Alles mit zahlreichen Bildern und Kurzvideos an die Entstehung und die beeindruckenden Aktivitäten des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees. Offiziell gegründet wurde das heutige Komitee am 4. Februar 2016. Die Initiative hatte der IG Metall-Vertrauenskörperlleitung von GE (vormals Alstom Power) ergriffen, nachdem Ende 2015 seitens des GE-Konzerns massive Angriffe auf den Mannheimer GE-Standort gestartet worden waren.

Ziel war es „die gegenseitige Hilfe bei Angriffen auf Arbeitsplätze und Standorte zu verbessern“. Im damals veröffentlichten Appell „Ohne Arbeit stirbt die Stadt! - Ohne Arbeit stirbt die Region!“ wurde zum „Widerstand gegen ‚Globalisierung‘ und Arbeitsplatzabbau“ aufgerufen.

Seitdem hat sich das Komitee an zahllosen betrieblichen Aktionen und überbetrieblichen Veranstaltungen beteiligt und im Corona-Jahr 2020 sogar eine 1.-Mai-Kundgebung organisiert.

Berichte aus den Betrieben

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem deutlich gemacht, welche Bedeutung Solidarität hat. Helmut Schmitt, ehemaliger Nora-Betriebsrat, erinnerte an den erfolgreichen Widerstand der Belegschaft des Weinheimer Herstellers von Bodenbelägen, der 2007 den geplanten Standortverkauf an einen direkten Konkurrenten verhinderte. Gelungen war dies durch den Zusammenhalt innerhalb der Belegschaft und mit der Unterstützung der anderen Freudenberg-Standort-Betriebe.

Danach berichtete Markus Doberstein, Betriebsratsvorsitzender von ZF-Wabco, über den erfolgreichen Kampf der Belegschaft des Bremsenherstellers gegen die Werksschließung 2024/2025. Möglich wurde dieser Erfolg nicht zuletzt durch die breite überbetriebliche Solidarität und die gewerkschaftliche Unterstützung durch die IG Metall Mannheim.

In weiteren Beiträgen wurde unter anderem auf die lange Tradition überbetrieblicher Solidarität in Mannheim hingewiesen, die bereits in den 1970er und 1980er Jahren existierte.

Résistance und Solidarität

Zum Abschluss des Abends sang Bernd Köhler gemeinsam mit den Anwesenden sein aus dem Abwehrkampf der Alstom-Belegschaft bekanntes Résistance-Lied und – auf Drängen von Anwesenden – das Solidaritätslied. So gelang ein das Gemeinschaftsgefühl stärkendes politisch-kulturelles Finale dieser kleinen, aber feinen und wichtigen Veranstaltung. ■



Foto: Helmut Schmitt

Veranstaltung 10 Jahre Solikomitee in Mannheim, 4. Februar 2026.

„Die Töne kommen oft daher, wo der Schmerz ist“

Ein Gespräch mit Bernd Köhler zum Film über Hans Reffert

Hans Reffert, ein Oppauer Nachkriegskind, wurde „Musiker, Zeichner und politischer Akteur“. Zu seinem 10. Todestag gelangt am 21. März 2026 im Mannheimer Cinema Quadrat die filmische Dokumentation „Die Töne kommen oft daher, wo der Schmerz ist“ zur Uraufführung. Darüber sprachen wir mit Bernd Köhler, der zusammen mit der Filmemacherin Christiane Schmied dieses Werk erarbeitet hat.*

In welcher Zeit habt Ihr Hans Reffert kennengelernt?

Ich habe Hans Reffert über einen Liedermacher-Wettbewerb Anfang der 1970er Jahre kennengelernt. Er saß dort in der Jury und war von den Inhalten und meinem unorthodoxen Gitarrenspiel so angetan, dass wir bald darauf zusammen bei politischen Veranstaltungen wie „Freiheit für Angela Davis“ oder beim Kampf um das selbstverwaltete Jugendzentrum (JUZ) in Mannheim aufgetreten sind. Daraus entwickelte sich eine Kooperation und Freundschaft, die ein Leben lang halten sollte. Christiane lernte Hans während der Dreharbeiten zu ihrem Dokumentarfilm über die Mannheimer Band „Sanfte Liebe“ kennen und schätzen. Das war 1989, später war Christiane selbst als Gitarristin der Mannheimer Frauenband „The Tillies“ unterwegs. Hans hat die Band sehr unterstützt und gefördert.

Ende der 1990er Jahre haben wir dann zu dritt das *kleine elektronische weltorchester* (ewo2) gegründet. Christiane bediente elektronische Maschinen und spielte E-Gitarre. Hans war mit diversen elektrischen Gitarren zu hören. Mein Part war Performance, Gesang und Gitarre.

Unser erstes Programm HOWDO YOU DO MR. MAJAKOWSKI kam 1999 zum 70. Todestag des russischen Revolutions-Poeten Wladimir Majakowski zu Aufführung. Es war ein Multimedia-Ereignis mit Video-Live-Einspielungen durch Christiane, das im „Lagerhaus“ in der Mannheimer Industriestraße uraufgeführt wurde.

Mit ewo2 haben wir in der Folge dann eine Neudefinition politischer Musik versucht, zum Beispiel mit der CD-Reihe *avanti-*

popolo, die sowohl Eigenkompositionen wie Bearbeitungen von historischen Arbeiter- und Widerstandsliedern enthielt. In einem Mikrokosmos, der sich für sowas interessiert, hatten wir auch einigen Erfolg. So wurde die zweite CD der Reihe mit dem „Preis der deutschen Schallplattenkritik“ ausgezeichnet.

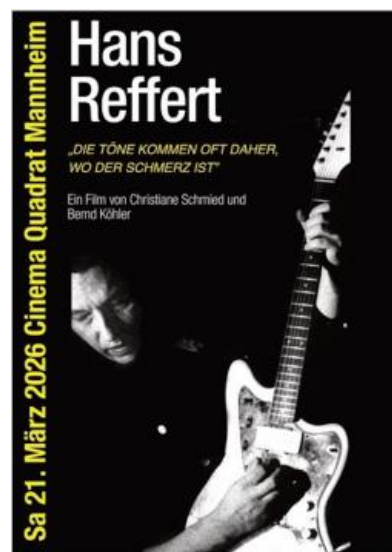
Wie seid Ihr auf die Idee gekommen, einen Dokumentarfilm über Hans zu drehen?

Nach seinem plötzlichen und tragischen Tod wurde an Hans zumeist nur als außergewöhnlichem Rock-, Jazz- oder Bluesmusiker erinnert. Sein experimenteller und politischer Musikan-satz fiel meist genauso hinten runter wie seine Film- oder Theatermusiken und die vielen kollektiven Vorhaben wie beispielsweise das Adolf Wölfli-Projekt oder die Vertonung der Todesfuge von Paul Celan. Christiane und ich fanden, dass es Zeit war, Hans in dieser Komplexität, aber auch in seiner Privatheit zu reflektieren. Da Christiane, die als Cutterin beim SWR arbeitet, schon einige Filme gedreht hatte, war es naheliegend das Ganze filmisch anzugehen. Wie mir erst jetzt klar wurde – Christiane wusste das schon vorher –, ein mutiges und kräfteaubendes Unterfangen in so kurzer Zeit.

Auf was dürfen sich die hoffentlich zahlreichen Besucher:innen am Abend der Uraufführung Eures Filmes freuen?

Es wird im Foyer des Cinema Quadrat ergänzend zum Film eine Ausstellung mit Plakaten, Fotos, Grafiken und Flugblättern aus dem Leben von Hans geben. Zu Beginn der Veranstaltung wird die Tänzerin und Tanz-Choreographin Debbie Marley an ihre Begegnungen und die Zusammenarbeit mit Hans erinnern. Danach freuen wir uns auf Barbara Lahr, die als Sängerin in unterschiedlichen Formationen wie Guru Guru oder Sanfte Liebe zusammen mit Hans auftrat, aber auch mit Hans und mir 1987 bei einer Tour für die „Friedensliste“, die damals zum Bundestag kandidierte, unterwegs war. Nach dem Film gibt es dann noch Musik von Christl Marley, Laurent Leroi und unserer Formation ewo2. Wer Interesse hat, sollte sich baldigst über cinema-quadrat.de eine Karte reservieren. Das Kontingent dürfte schnell vergriffen sein. ■

* [Die Fragen stellte W. A., die Antworten Bernd Köhlers datieren vom 23.02.2026.]



Plakat zur Uraufführung des Films.



Hans Refferts letzter Auftritt in Mannheim, 13. Januar 2016.

Anfänge in schwerer Zeit

Zur Gründung der Mannheimer Gruppe der IV. Internationale 1956 (I)*

H. N.

1956 war ein besonderes Jahr. Vor allem wegen des blutig unterdrückten Räteaufstandes der ungarischen Werktätigen. Sicher auch wegen des XX. Parteitages der KPdSU und Chruschtschows „Geheimrede“ zu Stalins Verbrechen.

Wie konnte es aber dazu kommen, dass damals, in der Hochphase des „Kalten Krieges“, die Mannheimer Ortsgruppe der IV. Internationale gegründet wurde? Um die Beantwortung dieser Frage zu ermöglichen, müssen wir zunächst noch einige Jahre weiter zurückblicken.

Vorgeschichte

Anfang 1948 kam es in Berlin zum Eklat zwischen dem Vertreter des Parteibezirks Nordbaden und dem Vertreter Stalins im gemeinsamen Parteivorstand von KPD und SED. Der eine, Willy Boepple, hatte es erneut gewagt, sich kritisch mit der Deutschlandpolitik des Kreml und ihren verheerenden Folgen für die KPD auseinander zu setzen. Der andere, Walter Ulbricht, hatte „sich [daraufhin] verärgert, mit der Faust auf den Tisch gehauen und ... [W. Boepple] angebrüllt: Wenn der Genosse Stalin sagt, die Oder-Neiße-Linie ist gültig und die

Deutschen müssen da raus, dann ist sie gültig, und die Deutschen müssen raus.“

Im April 1948 zog Willy die Konsequenz aus seinen Differenzen mit der Parteispitze. Er legte sein Landtagsmandat sowie sämtliche Parteiämter nieder, und im März 1949 trat er nach heftigen Debatten aus der KPD aus.

Vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes gelang es den Herrschenden in der BRD, eine repressive Atmosphäre zu schaffen. Schon lange vor dem KPD-Verbot 1956 konnten wieder Haftstrafen und Berufsverbote für Kommunist:innen verhängt werden. In dieser Zeit der politischen Reaktion musste sich die deutsche Sektion der IV. Internationale, die Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), behaupten.

Ab Sommer 1950 beteiligte sich Willy Boepple wie andere ehemalige KPD-Funktionäre an den Vorbereitungsarbeiten zur Gründung der Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP), die an Titos Jugoslawien orientiert war. Willy lernte dadurch die IV. Internationale und ihre Positionen kennen. Vor allem Trotzki's *Verratene Revolution* vermittelte ihm „klare Einsichten ... über das Problem der Bürokratie und des Stalinismus“.

Eine lange Diskussion mit Ernest Mandel in Mannheim gab für Willy den letzten Anstoß, Ende April 1951 der IV. Internationale beizutreten. Ernest erinnerte sich daran 1994 wie folgt: „Zum ersten Mal seit Ende des 2. Weltkriegs trat ein ZK-Mitglied einer KP zu uns über... [Der] Bruch mit einer Partei, ... die ..., trotz ihrer Schwäche, noch bedeutsame Möglichkeiten politischen Handelns und nicht unbedeutende materielle Vorteile im Ostblock bot, [war] zweifelsohne ein Opfer und ein Risiko. Wir waren noch viel kleiner. Wir hatten keine ... Massenbasis. Zu uns kam man nicht, um Karriere zu machen oder materielle Vor-

teile zu erlangen. Zu uns kam man nur aus Überzeugung.“

Sehr bald gewann Willy Boepple in der Sektion, die damals in der BRD kaum mehr als 30 Mitglieder zählte, politischen Einfluss. Als gewähltes Leitungsmittglied spielte er gemeinsam mit Georg Jungclas, dem Sekretär der Organisation, bis in die 1960er Jahre eine führende Rolle.

Nach dem Scheitern der UAP traten die deutschen Mitglieder der IV. Internationale 1953 einzeln der SPD bei, hielten aber ihre internen Gruppenstrukturen aufrecht. Sie hofften, dass sich eine politische Radikalisierung vor allem in der SPD als traditioneller Arbeitermassenpartei auswirken würde. Ziel ihres „Entrismus“ war es, den linken SPD-Flügel zu stärken und so eine Grundlage für eine revolutionäre Arbeiterpartei schaffen zu können.

In damals offenbar von Willy verfassten Thesen heißt es: „Die revolutionäre Klassenpartei kann nicht willkürlich ‚geschaffen‘ ... werden. Sie kann nur organisch aus dem ... Reifeprozess der fortgeschrittenen Arbeiter, gestützt auf ihre politische und gewerkschaftliche Kampferfahrung, erwachsen. Sie entsteht in dem Augenblick, wo ein bedeutender Teil der tatsächlichen Führer der Arbeiterklasse in Betrieb und Gewerkschaften und allen Massenorganisationen sich der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zum Beschreiten eines revolutionären Weges ... bewußt ist. Aber dieser ... Reifungsprozeß wird ... erst ermöglicht ..., wenn er befruchtet wird durch das bewußte Eingreifen eines organisierten Kaders, der in seinem Programm ... Weg und Ziel der Revolution niedergelegt hat und mit seiner Aktivität die Voraussetzungen schafft, um die Vorhut der Arbeiterklasse von der Richtigkeit dieses Programms zu überzeugen.“

* [Teil II folgt in *Avanti*², Nr. 140.] ■



Foto: Privatarchiv

Willy Boepple, Anfang der 1930er Jahre.

„Auszeit mit Mandel“

Zu Trotzki's Analyse des Faschismus

B. N.

Am Samstag, den 21. Februar, nahmen sich einige Aktive eine „Auszeit mit Mandel“ von dem täglichen Wahnsinn.

Ernest Mandel war der IV. Internationale und somit Vorläuferorganisationen der ISO engstens verbunden. Bereits als Kind deutschstämmiger, jüdischer Migranten in Belgien sah er sich mit dem Faschismus konfrontiert. Das Haus der Familie Mandel in Antwerpen war ein Zufluchtsort für verfolgte Genoss:innen aus Nazi-Deutschland. So kam Ernest schon früh mit Trotzki's Analyse des Faschismus in Verbindung.

Faschismus als Massenbewegung

Wir lasen und diskutierten ein in *Avanti*² wieder veröffentlichtes Kapitel aus seinem Buch *Leo Trotzki*, Eine Einführung in sein Denken von 1981, in dem er Trotzki's umfassende Analyse würdigt.

Im Folgenden geben wir einige Erkenntnisse wieder, zu denen wir beim Vergleich der Situation vor 1933 mit der heutigen kamen.

Es gehörte zu den Merkmalen des historischen Faschismus, dass er als autoritäres System von einer großen Masse getragen wurde. Im frühen 20. Jahrhundert wie heute ist diese Entwicklung weltweit in einer Vielzahl von Ländern zu beobachten.

Klassengegensätze

Mandel beleuchtet in seinem Text die Rolle verschiedener Klassen in dieser Massenbewegung mit ihren ökonomischen, politischen, ideologischen und psychologischen Motiven. In einem Kleinbürgertum, das sich von Verarmung und sozialem Abstieg bedroht sieht, kann sich die faschistische Ideologie schnell verbreiten. Doch erst, wenn das Großkapital den Faschismus als letzten Ausweg aus einer tiefgreifenden Krise wahrnimmt, ist es bereit, ihm den Weg zu ebnen.

Hierbei spielt laut Trotzki die arbeitende Klasse eine entscheidende Rolle: Stellt sie sich faschistischen Ansätzen „gemeinsam, entschlossen und energisch“ entgegen, kann sie die kapitalistische Wirtschaft

blockieren und unter bestimmten Bedingungen den bürgerlichen Staat aus den Angeln heben. Ist das Großkapital sich seines Sieges im Kräftemessen mit einer starken Arbeiterbewegung nicht sicher, wird es sich davor scheuen, durch die Unterstützung des Faschismus einen revolutionären Aufstand zu provozieren.

Damals und heute

Gerade im „natürlichen“ Gegner des Faschismus, in der organisierten Arbeiterbewegung, offenbart sich ein wesentlicher Unterschied zu den historischen Entwicklungen. Während in den 1920er und 1930er Jahren faschistische Schlägertruppen gewaltsam dem Faschismus den Boden bereiteten, funktioniert mittlerweile die neoliberale Politik und Ideologie seit Jahrzehnten als Steigbügelhalterin des Faschismus. Das Klassenbewusstsein wurde und wird meist ohne diese Art direkter Gewalteinwirkung kontinuierlich verdrängt; auch aus den Gewerkschaften, deren Apparate der neoliberalen „Mode“ allzu oft bereitwillig folgten.

Während die arbeitende Klasse bis in die 1930er Jahre durch ihre gemeinsame Erfahrung des Klassenkampfes weitgehend immun gegen die faschistische Ideologie war, sieht die heutige Erfahrung ganz anders aus. So ist die AfD die stärkste „Arbeiterpartei“, betrachtet man die Wählerschaft. Die Funktionär:innen der Partei agieren selbstverständlich mit einem sehr bewussten Klassenstandpunkt, dem der Profiteure des kapitalistischen Systems mit einer völkischen Färbung.

Einheitsfront statt Volksfront

Was also tun gegen eine faschistische Offensive, die ihre autoritäre Macht nicht zuletzt über die Medien ausübt? Unter der Kontrolle der Musks und Bezos werden insbesondere über digitale Netzwerke Kräfteverhältnisse geschaffen. Um diesen wirksam entgegenzutreten zu können, bedarf es

einer gut koordinierten medialen und politischen Gegenmacht.

Trotzki verwendete für den Zusammenschluss der Organisationen der arbeitenden Klasse den Begriff der Einheitsfront. Historisch meinte das außer den Gewerkschaften zwei große Parteien: Die sozialdemokratische und die „kommunistisch“-stalinistische.

Heute ist die linke Bewegung in weit mehr Gruppierungen zersplittert. Gemeinsam ist uns, dass der vereinte Kampf gegen den Faschismus für uns überlebenswichtig ist. Klar zu unterscheiden ist das von einer Volksfront aus Arbeiterorganisationen und weniger autoritären Kapitalfraktionen. Ein solcher Zusammenschluss leugnet die Klassenunterschiede, und er hat – wie schon die Beispiele von Frankreich und Spanien im Jahr 1936 oder in Chile 1973 zeigten – letztlich der arbeitenden Klasse massiv geschadet. ■



LO-Broschüre von 1932.

Foto: Privat.

Vor 50 Jahren

Drucker-Streik zur Verteidigung der Tarifautonomie

M. G.

Im Frühjahr 1976 reagierten die Kapitalisten auf den Streik der IG Druck und Papier (IG Drupa) sofort mit flächendeckenden Aussperrungen. 16.000 Streikenden standen 68.800 Ausgesperrte gegenüber.

Die Forderungen der IG Drupa (9 % mehr Lohn für Facharbeiter und eine überproportionale Lohnerhöhung für Hilfskräfte) ignorierten die von der Bundesregierung unter Helmut Schmidt (SPD) beschlossenen „Lohnleitlinien“. Diese sahen Lohnsteigerungen von nur 5 % und damit Reallohnverlust vor.

Angesichts der ersten großen Wirtschaftskrise der BRD wollten Kapital und Politik mit einer „zurückhaltenden Lohnpolitik“ die Profite sichern.

Aber bei den von massiven technischen Umwälzungen betroffenen Druckern und Setzern stieß Schmidts Phrase „die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“ auf Ablehnung.

Die Maikundgebungen des DGB wur-

den 1976 zu großen Solidaritätsdemonstrationen für die Drucker.

Während einer Schlichtung beendete die Kapitalsseite die Aussperrung. Doch die Tarifkommission der IG Drupa lehnte den Schlichterspruch von 5,9 % plus sozialer Komponente einstimmig ab. Folglich wurde die Arbeitsniederlegung als „Vollstreik“ mit fast 70.000 Beteiligten wieder aufgenommen. Statt 21,5 Millionen Tageszeitungen wurden während des Streiks nur etwa 1,5 Millionen Exemplare gedruckt.

Am 13. Mai kam es schließlich zum Abschluss: 6,3 % mehr Entgelt plus Zulagen für die unteren Lohngruppen.

Der mutige Druckerstreik zeigte vor allem eins: Gewerkschaftlicher Widerstand ist gerade in der Krise notwendig und möglich. Ein guter Rat auch für heute! ■



Foto: Clemens Pfeiffer (gemeinfrei).

Setzmaschine Linotype, Baujahr 1965.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 05.03.2026, 11:30 Uhr, Schulstreik gegen „Wehrpflicht“, Plankenkopf, MA
- DO, 05.03.2026, 12 Uhr, Schulstreik gegen „Wehrpflicht“, Stadtbücherei, Poststr. 15, HD
- SO, 08.03.2026, 14 Uhr, Demo zum Internationalen Frauenkampftag, ab Gewerkschaftshaus, MA
- DI, 10.03.2026, 18 Uhr, Veranstaltung „Von Ohnmacht zu solidarischer Politik?“, Otto-Brenner-Saal, Gewerkschaftshaus, MA
- DO, 12.03.2026, 15 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, IGM-Konferenzraum, Gewerkschaftshaus, MA
- FR, 13.03.2026, 18 Uhr, Kulturabend zu Rosa Luxemburg – „Seite an Seite die Zeiten durchschwimmen“, IGMH, Herzogenriedstr. 50, MA
- SAM, 21.03.2026, 19:30 Uhr, Uraufführung „Die Töne kommen oft daher, wo der Schmerz ist“, Cinema Quadrat, K 1,2, MA
- FR, 27.03.2026, 19 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA

Vorschau

- SAM, 04.04.2026, 13:00 Uhr, Ostermarsch, Alter Meßplatz, MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VdSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

